

Sehr geehrter Herr Landrat, meine sehr verehrten Damen und Herren,

es gibt im Kreishaushalt einige wirklich bedrückende Zahlen und die Prognosen lassen noch schlimmeres fürchten.

So benötigen die ca. 600 Bedarfsgemeinschaften die wir allein seit Oktober des letzten Jahres im Kreis Warendorf mehr zu verzeichnen hatten, ca. 2,22 Mio. € pro Jahr mehr an Unterstützung für Unterkunft und Heizung durch den Kreis. Für den gesamten Bereich SGB II sind es tatsächlich 3,7 Mio. € Mehrkosten.

Die Agentur für Arbeit und der Kreis Warendorf werden spätestens ab dem 01.01.2011 wieder jeder für sich ihren bzw. seinen Arbeitsanforderungen bei der Betreuung der Empfänger von ALG II nachzukommen haben.

Wie im Sozialausschuss klar wurde, ist diese Situation besonders für die betroffenen Menschen eigentlich untragbar und vollkommen unverständlich. Hier zeigt Politik – und ich meine die in Berlin erneut, dass sie in großen Teile weder Willens noch in der Lage ist wirkliche Problemlösungen zu schaffen.

Wenn sich Ex-Bundesarbeitsminister Olaf Scholz vor nun über zwei Jahren vor die Presse stellte und säuselte, die Zusammenarbeit zwischen BA und Kommunen sei zwar praktisch gewesen, aber es gehe auch anders, war seine – und nicht nur seine - Untätigkeit bis heute mehr als beschämend.

Was kann denn - rein technisch betrachtet – so schwer daran sein, die bisherigen gesetzlichen Regelungen den relativ geringfügigen Einwendungen der Verfassungsrichter anzupassen?

Ein wenn auch nur geringfügiger guter Wille hätte hier möglicher Weise Berge versetzt.

Die Linke begrüßt in diesem Zusammenhang zunächst ganz ausdrücklich die vom Landrat in seiner Rede zur Einbringung des Haushalts abgegebene Garantie pünktlicher Leistungen an die hilfebedürftigen Menschen im Kreis sowie die frühzeitige Bildung derjenigen Arbeitsgruppe, die sich mit der Umsetzung der neuen rechtlichen Vorgaben befasst.

Weiteren ganz erheblichen Kostensteigerungen sehen wir bei der Pflege und der verbesserten Kinderbetreuung entgegen.

In beiden Bereichen stehen wir selbstverständlich für wirklich ausreichende Finanzausstattung.

Der Landrat hat in seiner Einbringungsrede und zum Teil haben auch die heutigen Vorreden bereits darauf hingewiesen, welche enormen Einnahmeausfälle wir 2010 und in den Folgejahren verkraften müssen.

Welche reale Möglichkeit haben wir nun, mit unserem Kreishaushalt positiv gestaltend für die Menschen hier im Kreis tätig zu werden?

Oder anders formuliert: Wie können nun noch so wichtige Forderungen wie z. B. die nach einem Sozialticket verwirklicht werden?

Der Vorschlag, zunächst die komplette Ausgleichsrücklage aufzulösen und erst im zweiten Schritt die Kreisumlage um 2 Prozentpunkte anzuheben, findet unsere klare Zustimmung.

Was ist nun aber der tatsächliche Grund dafür, dass wir schon Ende 2010 über keine

Ausgleichsrücklage mehr verfügen können und landauf, landab das Gespenst der Haushaltssicherung seine Schatten voraus wirft ?

Meine Damen und Herren, lassen sie mich das hier kurz ausführen:

Deutschland verfügt über die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt, die bis einschließlich 2008 stetig real gewachsen ist.

Doch schon die ROT / GRÜNE Koalition unter Schröder und Fischer hatte in ihrer zweiten Amtszeit begonnen, die öffentlichen Kassen zu leeren.

Da wurde der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer von 53 auf 42 Prozent gesenkt und der Körperschaftsteuersatz durch das Steuersenkungsgesetz vom 23. Oktober 2000 von 40 auf zunächst 25 Prozent vermindert.

Mit dem Jahressteuergesetz 2008 vom 9. November 2007 kam durch die SCHWARZ / ROTE Koalition dann gar noch die Absenkung auf 15 %.

Dieses Treiben hat wie wir alle genau wissen, auch seine schlimmen Spuren in den Haushalten der Länder und natürlich auch der nachgeordneten Gebietskörperschaften. So eben auch der Landkreise!

Die neue Berliner Koalition aus CDU/CSU und FDP erweist sich nun leider als vollkommen beratungsresistent, wenn sie sogar die deutlichen Worte des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in den Wind schlägt.

Die sogenannten Wirtschaftsweisen haben ganz eindeutig klargestellt, dass weitere Steuergeschenke an das Klientel der Wohlhabenden nicht dem Ziel verstärkten Wachstums dienen.

Schon frühere Versuche, wie Reagonomics und Thatcherismus, auf solche Weise erhöhtes Wirtschaftswachstum zu generieren, sind kläglich gescheitert. Wieso auch sollte es irgendeinen nennenswerten Effekt haben, Reiche noch reicher zu machen? Das stärkt im ersten Schritt nicht die seit Jahren lahrende Binnennachfrage das stärkt bestenfalls die Sparquote.

Im zweiten Schritt werden den Wirtschaftssubjekten – einschließlich aller Gebietskörperschaften – Gelder, die sie auch tatsächlich hätten nachfragewirksam werden lassen, entzogen.

Das hat nun unüberhörbar die Creme der konservativ-neoliberalen deutschen Wirtschaftsforschung der schwarz / gelben Bundesregierung ins Stammbuch geschrieben. Leider sind Einsicht und Verstand das Eine und die Pflege tumper neoliberaler Ideologie das Andere.

An dieser Stelle eine ganz kurze Klärung:

Meine Damen und Herren:

Wie entsteht denn ein Arbeitsplatz? Oder besser gefragt: Wann schafft ein Unternehmen einen Arbeitsplatz?

Doch niemals, weil der Gewinn nach Steuern wieder ein mal höher ausfällt.

Ein Arbeitsplatz wird in der Wirtschaft dann – und nur dann - geschaffen, wenn ein Unternehmer oder ein Unternehmen davon ausgehen, dass das von diesem Arbeitsplatz herzustellende Produkt – respektive die zu erbringende Dienstleistung am Markt mit Gewinn absetzbar ist.

Und niemals deswegen, weil die Unternehmung über mehr Geld an sich verfügt.

Denn das widerspräche auch schlicht jeder wirtschaftlichen Vernunft.

Schauen wir uns nun aber hier Herkunft und Zusammensetzung unseres Bruttoinlandsprodukts an:

Das Wachstum in Deutschland wird seit vielen Jahren vom Export getragen – Deutschland war und ist das Land mit dem höchsten Außenhandelsüberschuss. Auch im Jahre 2009 wird das so sein, wie sich das Handelsblatt zumindest noch im März dieses Jahres sicher war.

Da die reale Steigerungsrate des Bruttoinlandsprodukts jedoch mit 2,42 Prozent im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2008 relativ moderat blieb wurde das Wachstum erneut nicht auf dem Binnenmarkt sondern allein durch den Außenbeitrag generiert.

Wie sollte es auch anders sein, wenn die Lohnquote in den vergangenen 10 Jahren von 72 auf 64 Prozent gesunken ist.

Und dann meine Damen und Herren muss man sich in diesem Land tagtäglich seit vielen Jahren von Westerwelle und Co dieses vollkommen unsinnige Lamento anhören, die internationale Konkurrenz- und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands sei durch die viel zu hohen sogenannten Lohnnebenkosten und überhaupt viel zu hohen Löhne massiv gefährdet.

Meine Damen und Herren,

ich habe keine Ahnung welche Quellen und Statistiken diesem Vizekanzler zur Verfügung stehen. Mir jedoch reichen in aller Regel das Statistische Bundesamt, die Bundesbank, die Europäische Zentralbank, die OECD und der IWF völlig aus.

Hier kann man absolut gesichert erfahren, dass Deutschland bisher in diesem Jahrzehnt und wohl sehr sicher auch noch im laufenden Jahr der sogenannte Exportweltmeister unter allen Volkswirtschaften auf zumindest diesem Planeten ist und bleiben wird.

Dieser Herr Westerwelle und seine Gesinnungsfreunde müssen bei solchem Geschwätz also ganz offensichtlich noch Volkswirtschaften anderer Planeten kennen.

Aber ja, Westerwelle und Co meinen, die Löhne und Gehälter in Deutschland seien zu hoch. So beklagen sie fast in jedem Jahr die angeblich viel zu hohen Tarifabschüsse.

Was aber ist die Realität, meine Damen und Herren, wenn man sich in der Diskussion nicht auf solches Stammtischniveau herablassen möchte?

Ist es denn intellektuell überhaupt redlich, absolute Zahlen von Löhnen und Gehältern unter derart verschiedenen Bedingungen vergleichen zu wollen?

Ganz sicher nicht.

Es ist tatsächlich blanker Unsinn, Löhne der chinesischen Provinz, die mitunter gerade eben den hundertsten Teil in Deutschland üblicher Löhne ausmachen, mit diesen hier zu vergleichen. Die

gesamten Lebenshaltungskosten Chinas und Deutschlands sind ja genauso unvergleichbar.

Es ergibt noch nicht einmal auch nur irgendeinen Sinn, solche Vergleiche zwischen zumindest ähnlich entwickelten Volkswirtschaften anzustellen, solange man nicht alle relevanten wirtschaftlichen Parameter einbezieht.

Vergleichen kann man zum Beispiel aber die Lohnstückkosten.

Und dabei stellt man dann – für manchen hier sicherlich erstaunlicher Weise fest, dass wir in Deutschland im Durchschnitt in der unteren Hälfte der Skala der OECD-Länder liegen. Die deutschen Arbeitgeberverbände und ihre parlamentarischen Erfüllungsgehilfen von der FDP sollten endlich beginnen, Realität zur Kenntnis zu nehmen.

Hier bei uns wollte die FDP-Kreistagsfraktion im Verlauf der Beratungen zu unserem Haushalt auch zu gern an die Bezüge, Löhne und Gehälter der Mitarbeiter des Kreises.

Wieder ein mal mehr soll hier der öffentliche Dienst mit dafür herhalten, die verfehlte Haushaltspolitik der Bundesebene aufzufangen.

Gerade zu dieser Stunde wird im Deutschen Bundesrat darüber entschieden, ob Deutschland wirklich echten Föderalismus will oder sich, um auch wieder in den Kreis Warendorf zurück zu kommen, von der kommunalen Selbstverwaltung mit allen Konsequenzen verabschieden wird.

Ich mag mir gar nicht vorstellen, ein Guido Westerwelle setzte sich mit seiner unsäglichen Vorstellung vom Drei-Stufentarif bei der Einkommensteuer durch. Die Wirtschaftsweisen – übrigens ganz sicher keine Linken - rechnen für diesen Fall einen Steuerausfall von ca. 65 Millionen Euro vor.

Gar nicht auszudenken, wie unser Haushalt hier dann aussähe.

Wir müssen in Deutschland - und nicht nur hier - endlich aufhören, unser aller Gemeinwesen zugunsten einiger weniger Profiteure – sie alle kennen die Liste der deutschen Milliardäre - immer ärmer und damit leistungsschwächer zu machen.

Wir meinen, es ist zum guten Schluss zum Vorteil aller, wenn alle auskömmlich leben können.

Ich bedanke mich für ihre Aufmerksamkeit.